

KARIN ROTH informiert bundestag aktuell



Nr. 36, 16. Mai 2011

Hilfsantrag Portugal

Am 8. April 2011 hat Portugal einen offiziellen Hilfsantrag für Mittel aus dem Rettungsfonds an die Europäische Union gestellt. Nach dem Scheitern eines weiteren Sparpakets im Parlament und dem Rücktritt der Regierung waren offenkundig alle Versuche Portugals gescheitert, die staatliche Finanzierungs Krise aus eigener Kraft zu schultern. Der Bundestag diskutierte am 12. Mai in einer Vereinbarten Debatte über den Hilfsantrag Portugals.

Aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion reichen die bislang ausgehandelten Rettungsmechanismen nicht aus, um das Land dauerhaft aus der Krise zu führen. Der Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier warf der Bundesregierung vor, Europa zu fürchten. Sie blicke mit ängstlichem Blick auf die innere Lage und drücke sich vor der Debatte. Er kritisierte, dass dem Bundestag wichtige Beratungsunterlagen vorenthalten werden.

Seit mehr als einem Jahr ist die europäische Politik der Regierung Merkel von Täuschung, Vernebelung und Umgehung des Parlaments gekennzeichnet. Nirgendwo versagt das System Merkel so dramatisch wie in der Euro-Krise. Die Sozialdemokraten haben von Anfang an gewarnt, dass der Wortbruch und die Heimlichtuerei Merkels kein neues Vertrauen schaffen kann. Wir haben kritisiert, dass es nicht reicht, den Steuerzahler als Generalbürgen für die Folgelasten der Finanzkrise haften zu lassen, ohne die Finanzakteure substantiell zu beteiligen.

Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, die nichts anderes als eine Umsatzsteuer auf Finanzgeschäfte ist, bleibt auf der Tagesordnung. Wir brauchen außerdem eine ausgewogene Gläubigerbeteiligung, damit Länder wie Griechenland wirtschaftlich nicht durch die Zinsschraube stranguliert werden. Letzten Endes kann es nur eine nachhaltige Lösung der Krise geben, wenn nicht nur Deutschland, sondern auch wachstumsschwächere Euro-Länder neue Impulse wirtschaftlicher Entwicklung setzen können. Das ist eine Aufgabe, die diese Länder selbst angehen müssen, aber Europa darf sie dabei nicht allein lassen.

In dieser Schicksalsstunde der europäischen Einheit fällt Deutschland durch den Wankelmut seiner konservativen Regierung als Vorreiter aus. Nur ein umfassendes Gesamtkonzept und entschiedenes Handeln der Staats- und Regierungschefs können ein klares Signal an die Märkte senden. Dabei geht es nicht darum, einfach mehr Geld bereit zu stellen, sondern den Ländern Perspektiven für wirtschaftliches Wachstum zu eröffnen. Staaten mit Verschuldungsproblemen brauchen Konsolidierung, aber vor allem brauchen sie Wirtschaftswachstum und Beschäftigung, damit sie überhaupt in der Lage sind, aus eigener Kraft ihre Haushalte auszugleichen. Das konservative Spardiktat ist die falsche Antwort auf die Krise. Ein Pakt für Wachstum, Beschäftigung und soziale Stabilität ist überfällig. Nur durch eine verbindliche Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik werden wir in der EU insgesamt wieder auf einen Wachstumspfad zurückkehren.

Innenansichten aus Afghanistan

mit Katja Hummel

25. Mai 2011, 19.30 Uhr, Clarahalle in der Katharinenschule in Esslingen

Katja Hummel war von Dezember 2008 bis Dezember 2010 für die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (jetzt Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit) in Kunduz, Afghanistan im Bereich Nothilfe tätig. Sie wird uns von ihren persönlichen Erlebnissen und den Erfahrungen mit ihrer Arbeit als Entwicklungshelferin in Nordafghanistan berichten. Zudem wird sie Bildern mitbringen. Interessante Gesichter und wunderschöne Landschaften gewähren so Einblicke in das Afghanistan jenseits der Kriegsbilder. Ich freue mich sehr, dass dieser Termin zustande kommt.

Weitere Informationen zu den Themen dieser Ausgabe finden Sie im Internet unter www.karin-roth.de

Reform der Weltgesundheitsorganisation WHO

Vom 16.-24. Mai findet in Genf die Weltgesundheitsversammlung statt, auf der die Weichen für die Reform der Weltgesundheitsorganisation WHO gestellt werden. Die WHO wird bei uns vielfach als bürokratisches Gebilde wahrgenommen, dessen Sinn für den Einzelnen nicht erkennbar ist. Dies kommt auch daher, dass Gesundheit als rein nationales Thema wahrgenommen wird. Das ist aber schon längst nicht mehr der Fall. Gesundheit hat sich auch längst „globalisiert“. Gesundheit lässt sich nicht mehr allein auf nationaler Ebene „organisieren“. Epidemien kennen beispielsweise keine Grenzen. Eine weltumspannende Organisation ist daher notwendiger als je zuvor. Und vergessen sollte man auch nicht, dass es die WHO war, die die tödlichen Pocken auf dieser Welt ausgerottet hat. Natürlich haben sich die Bedingungen in den vergangenen mehr als 60 Jahren seit der Gründung der WHO verändert. Eine Reform ist also umso entscheidender, damit die WHO auch in der Zukunft ihren Aufgaben gerecht werden kann.

Deswegen hat Karin Roth gemeinsam mit ihrer Kollegin Dr. Marlies Volkmer einen Antrag der SPD-Bundestagsfraktion zur Reform der WHO initiiert. (Gesundheit ist ein globales öffentliches Gut – Rolle der Weltgesundheitsorganisation WHO in der „Global Health Governance“ stärken 17/5486). Mit diesem Antrag werden eine grundlegende Reform der Finanzierung, der Transparenz und Mitwirkung sowie eine Anpassung und Konkretisierung der Aufgaben der WHO gefordert.

Obwohl die Regierungskoalition keinerlei eigene Vorschläge für diese so wichtige Aufgabe hat und von der Richtigkeit der Forderungen der SPD überzeugt war, wurde der Antrag leider aus parteitaktischen Überlegungen von der Regierungskoalition im Parlament abgelehnt. Die SPD wird dennoch weiter daran arbeiten, dass die WHO ihre Führungsrolle in globalen Gesundheitsfragen er- und ausfüllen kann.

Karin Roth und Rainer Arnold: „Lärmschutz entlang der Bahntrassen ist unverzichtbar“

Vor einigen Tagen bekamen die Bundestagsabgeordneten aus Esslingen und Nürtingen, Karin Roth und Rainer Arnold, Post von Leinfelden-Echterdingens Oberbürgermeister Roland Klenk. In seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Kommunalen Arbeitskreises Filder bat er die Abgeordneten, sich für ausreichenden Lärmschutz entlang der geplanten Bahn-Neubaustrecke im Zusammenhang mit Stuttgart 21 einzusetzen. Zudem erneuerte Klenk seine Forderung nach Abschaffung des sogenannten Schienenbonus. Durch diesen Bonus muss die Bahn weniger auf Lärmschutz achten, als etwa bei der Planung von Straßen vorgeschrieben ist.

Bei seinem Anliegen erhält Klenk volle Unterstützung der SPD-Abgeordneten. In ihrer Antwort verweisen Roth und Arnold darauf, dass sie bereits mehrfach bei Bahn, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und Eisenbahnbundesamt auf ausreichend Lärmschutz entlang der neuen Trasse insistiert haben. „Bei einem Milliardenprojekt kann am Ende nicht für die Bürger der betroffenen Gemeinden gespart werden“, so Arnold. Bei den Antworten auf Arnolds Anfragen, blieben aber sowohl das Verkehrsministerium als auch die Bahn ziemlich vage. So konnte das Ministerium für die Strecke zwischen Flughafen und Rohrer Kurve zunächst keinen Anspruch auf weitere Lärmschutzmaßnahmen feststellen. Endgültige Entscheidungen würden aber nach Ende der Planfeststellungsverfahren getroffen. Für die SPD-Abgeordneten ein Grund, am Ball zu bleiben: „Lärmschutz hat für uns höchste Priorität. Wir werden uns deshalb auch weiter dafür einsetzen, dass es ausreichend Lärmschutz gibt.“

Volle Unterstützung der SPD-Abgeordneten hat Klenk auch bei seiner Forderung nach Abschaffung des Schienenbonus. Eigentlich wollte die Bundesregierung den Schienenbonus abschaffen. So steht es jedenfalls im schwarz-gelben Koalitionsvertrag. Die SPD-Fraktion im Bundestag wollte es im Frühjahr 2010 genauer wissen und fragte die Bundesregierung, wann denn nun der Bonus abgeschafft würde. Sie erhielt allerdings nur die lapidare Auskunft, dass dazu derzeit noch keine Aussage getroffen werden könne.

Das war den Sozialdemokraten jedoch zu wenig: In einem Antrag forderten sie im Februar 2011 die Bundesregierung auf, den Schienenbonus abzuschaffen. Der Antrag wurde mit den Stimmen von Union und FDP abgelehnt. Für die Sozialdemokraten blieb daher das Thema aktuell. „Auch in unserem Antrag für einen besseren Schutz der Menschen vor Straßen- und Schienenlärm fordern wir nachdrücklich die Abschaffung des Schienenbonus“, so die Esslinger Abgeordnete Roth. Die parlamentarische Beratung dieses Antrages steht derzeit noch aus. „Wir sind gespannt, wie sich Union und FDP hierzu verhalten werden“, so Roth. Dabei ist für Roth und Arnold klar: „Wir werden die Bundesregierung auch weiter daran erinnern, was in ihrem Koalitionsvertrag steht. Das Thema Abschaffung des Schienenbonus bleibt für uns auf der Tagesordnung.“